



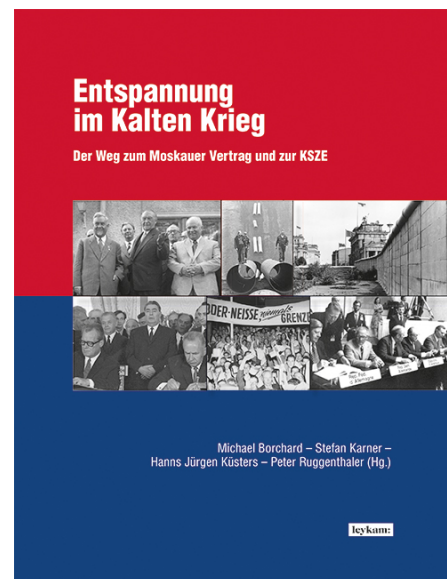
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2021

Michael Borchard / Stefan Karner / Hanns Jürgen Küsters / Peter Ruggenthaler (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE.

Graz: Leykam, 2020, 800 S., ISBN: 978-3-7011-0447-5

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das in Graz ansässige Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung haben mit diesem voluminösen Band den 50. Jahrestag des Moskauer Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zum Anlass genommen, die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition zu beleuchten und in die internationale Geschichte des Kalten Kriegs einzuordnen. Dies lässt sich durchaus als späte Anerkennung der Leistungen der Ostpolitik jener Jahre werten, auch wenn die Würdigung hier in deutlich kritischer Absicht erfolgt. Dass der vor allem von Bundeskanzler Willy Brandt, seinem Staatssekretär Egon Bahr und Außenminister Walter Scheel in einem guten halben Jahr verhandelte und am 12. August 1970 paraphierte Vertrag erst knapp zwei Jahre später – nach dem Misstrauensvotum im April 1972 – im Bundestag verabschiedet wurde, zeigt, wie konfliktreich die mit ihm verknüpften Fragen waren. Getreu dem Leitsatz, der Schlüssel für die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten liege in Moskau, bildete das Vertragswerk die Voraussetzung für eine Reihe von bilateralen Verträgen mit Staaten des Warschauer Paktes, aber auch für das Berlin-Abkommen 1971 und den Grundlagenvertrag mit der DDR 1972. Ebenso gehörte der KSZE-Prozess in dieses „Paket“, das nach den europäischen Freiheitsrevolutionen 1989 in ein multilaterales Geflecht mündete. Nicht zufällig hat sich in der Forschung der Blick inzwischen von der deutschen Ostpolitik auf die globalen Interdependenzen des Kalten Kriegs und seine Bewältigung verschoben (vgl. etwa die Themensetzung des diesjährigen Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 33.2021).

Wenn sich der vorliegende Sammelband mit seinen beeindruckenden 33 Beiträgen dennoch wieder auf die Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung konzentriert, stellt sich die Frage nach den Gründen. In diesem Fall handelt es sich um eine Kooperation der beiden Herausgeber-Institutionen mit dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte (RGANI, Moskau). Erstmals wurden bisher unzugängliche Dokumente sowjetischer Provenienz der Jahre 1967 bis 1974 ausgewertet: Unterlagen des Politbüros, der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees und Akten aus dem Bestand des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Brežnev. Ein Teil dieser Dokumente – im Band heißt es „über 100 Schlüsseldokumenten“, derzeit sind es 76 – ist als Faksimile mit deutscher Übersetzung auf einer Webseite (www.ostpolitik.de) der Konrad-Adenauer-Stiftung publiziert. Leider fehlt dazu jede nähere Information zur Überlieferung und zu den Auswahlkriterien. Auch der gedruckte Sammelband hilft nur wenig weiter, denn lediglich ein Teil der Beiträge bezieht sich auf diese Dokumente.



Dass die Publikation eine geschichtspolitische Absicht verfolgt, wird in der Einleitung deutlich, die in thesenhafter Überspitzung den ostpolitischen Neuansatz und die Rolle Willy Brandts zugunsten anderer Faktoren – etwa der Initiative Brežnevs und ökonomischer Zielrichtung – relativieren möchte. Zugleich werden wesentliche Prinzipien der Entspannungspolitik in der Kontinuität Adenauerscher Politik verankert. Dass dabei liberale ost- und deutschlandpolitische Konzepte der ersten Jahrzehnte keine Erwähnung finden, mag noch der Fokussierung auf den Moskauer Vertrag geschuldet sein, weniger verständlich ist das Fehlen jeden Verweises auf Hans-Dietrich Genscher, obwohl der Untersuchungszeitraum den KSZE-Prozess und seine Folgen einschließt.

Glücklicherweise behandeln die meisten Essays ihre Fragestellung „sine ira“ – ein Gewinn, denn dem Leser liegt damit ein kenntnisreicher Sammelband vor, dessen Vorzug vor allem im multiperspektivischen Zugriff besteht. In den ersten beiden der insgesamt sieben Kapitel geht es um den „langen Weg“ zum Moskauer Vertrag auf deutscher und sowjetischer Seite, die Verhandlungsführung der zentralen Akteure, die Durchsetzung der Positionen Brežnevs im sowjetischen Arkanum, aber auch um die Rolle der deutschen Opposition, konzentriert auf Franz Josef Strauß und Rainer Barzel. Die neuen Quellen würden, so Kai Wambach, zwar „nichts umstürzlerisch Neues“ (S. 153) zeigen, aber belegen, wie der Oppositionsführer bei seiner Moskareise im Dezember 1971 im Zusammenwirken der sowjetischen und deutschen Regierung geradezu „ausgespielt“ wurde. So blieb es hinsichtlich des grundgesetzlich gebotenen Ziels der Wiedervereinigung beim „Brief zur deutschen Einheit“, der von Walter Scheel dem Vertragspaket beigelegt wurde und dessen Bedeutung Aleksej Filitov in seinem Beitrag „Vom Konflikt zum Kompromiss“ unterstreicht. Dass dieses Dokument keineswegs unbeachtet blieb, deutete schon der charakteristische Titel an, den es auf sowjetischer Seite erhielt: „Unilateraler Brief der westdeutschen Seite, auf den man keinerlei Antwort oder Bestätigung des Erhalts unsererseits erwartet“ (S. 111). Wie komplex die rechtliche Situation der Vier-Mächte-Konstellation war, legt Hanns Jürgen Küsters in einer konzisen Übersicht dar.

Etliche Beiträge befassen sich mit der Interdependenz der politischen Interessen und Strategien: Die „neue Westpolitik“ der UdSSR wurde, resümiert Nikolaj Pavlov, mit der „neuen Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition „synchronisiert“ (S. 127), und „an ihrem Schnittpunkt entstand der Moskauer Vertrag“ (S. 130). Dabei waren für Brežnev und die sowjetische Politik mehrere Faktoren ausschlaggebend, zu denen die Positionsstärkung in Mittel- und Osteuropa gehörte, ebenso wie die Konkurrenz mit China und den USA.

Der Frage wirtschaftlicher Motive für den Abschluss des Moskauer Vertrags wird im dritten Abschnitt nachgegangen, zu der aber die neu zugänglichen Archivquellen eher wenig aussagen. In seiner umfassenden Analyse der Brežnev-Jahre von 1964 bis 1975 betont Stefan Karner zwar die wirtschaftliche Dynamik des Energie- und Gasröhrengeschäfts für den deutschen Handel, relativiert aber den Einfluss auf die Politik: Dass die Bundesrepublik vom Gasgeschäft mit dem Energielieferanten UdSSR abhängig gewesen sei und die interessierten Konzerne deren politische Position dominierten, sei eine „krasse Fehleinschätzung“ (S. 367). Bei aller Intensivierung des Handels- und Warenaustauschs mit dem Osten sollte darin aber nicht die „Triebfeder deutsch-sowjetischer Entspannung“ gesehen werden, wie das Kapitel allerdings überschrieben ist.

Mit den folgenden vier Abschnitten gewinnt der Band Anschluss an die globale Perspektive des Kalten Kriegs und der Entspannungspolitik: Sie sind den „Folgen des Moskauer Vertrags für die Warschauer-Pakt-Staaten“, den westlichen Alliierten und Bündnispartnern der NATO („nationales Interesse, gemeinsames Handeln“) sowie – mit Finnland und Österreich – den „Neutralen in der Détente“ gewidmet. Den Abschluss bilden die „Etappen zur KSZE“ mit dem Ausblick auf die damit verbundene multilaterale Verflechtung. Hier differieren die Positionen der Beiträger

nicht unwesentlich, so sehen Peter Ruggenthaler/Anna Steiner die Sowjetunion im Prozess der KSZE in einer deutlich stärkeren Position als etwa Angela Romano (S. 700 bzw. 719).

Insgesamt geben die Beiträge ein differenziertes Bild der Interaktion und Interdependenz der Aktionsstränge in der Ostpolitik; sie belegen die mannigfachen Interessen, aus denen sich die Entspannungspolitik speiste, ebenso politisches Taktieren auf allen Seiten. Nicht ganz vermeiden lässt sich bei der Vielzahl der Beiträge wohl die teils mehrfache Wiederholung mancher Vorgänge, teils unter Verwendung derselben Zitate wie etwa beim „geheimen Kanal“ von Egon Bahr (z.B. S. 280, 441). Der Gewinn des Bandes liegt weniger in neuen Erkenntnissen, sondern vor allem in der Zusammenführung verschiedener Perspektiven zahlreicher Akteure, die mit teils sehr unterschiedlichen Motiven zur Überwindung der Mechanismen des Kalten Krieges zusammenwirkten.

Methodisch geht der Blick kaum über die Ebene der handelnden Staatsmänner hinaus. Die zentrale Frage, die sich mit der – seitens der Herausgeber – skeptischen Grundeinstellung zur Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung stellt, lässt sich so allerdings kaum beantworten: Bekräftigte die sozialliberale Koalition durch ihre Verhandlungsführung die sowjetische Position in Osteuropa und damit auch die europäische bzw. deutsche Teilung? Oder öffnete die neue Ostpolitik gerade den Spielraum für weitere Entwicklungen bis hin zum osteuropäischen Aufbruch Ende der 1980er Jahre? Der Rezensent neigt letzterem zu. In jedem Fall dürften plakative Einschätzungen wie die von Mark Kramer, dass „Frieden und Annäherung“ an den Osten vorrangig gegenüber Demokratisierung und Menschenrechten gewesen seien (S. 242), den Motiven und Argumentationsmustern der Akteure nicht gerecht werden. Blickt man auf die Schlussakte von Helsinki, erwies sich der „Korb III“ über die humanitären Kontakte als eine hilfreiche Referenz für die „zivilgesellschaftliche“ Opposition hinter dem Eisernen Vorhang. Zu Recht endet der Band deshalb mit dem „langen, krummen Weg von Helsinki nach Paris“ (Helmut Altrichter) und dem Einsatz für Freiheit und Menschenrechte.

Potsdam/Berlin

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net